

## **Antrag der SPD-Fraktion für die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 29.05.2024**

---

### **Rattenpopulation in den Stadtteilen konsequent eindämmen**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Fachausschuss / Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf, kurzfristig eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle zur Rattenbekämpfung einzurichten. Deren Aufgabe ist es gemeinsam mit dem Gesundheitsamt, Ordnungsdienst, der Bremer Stadtreinigung und weiteren Dienststellen eine konsequente Schädlingsbekämpfung durchzusetzen (auch auf privaten Grund) und zu kontrollieren, sowie ein Beratungs- und Informationsangebot zur Schädlingsbekämpfung einzurichten.

#### Begründung:

Die Population der Nagetiere hat sich mittlerweile deutlich erhöht, so dass die Tiere auch tagsüber regelmäßig gesehen werden. Als maßgebliche Ursachen dafür sehen wir:

- wilde Müllkippen im Stadtteil.
- Müll der bereits kurz nach dem Abfuhrtag an die Straße gestellt wird.
- zu kleine oder keine Müllgefäße.
- ein falsches Müllmanagement bei einigen Gewerbetreibenden.
- Ignoranz einiger Eigentümer.
- Verschachtelung der Zuständigkeiten und Eigentumsverhältnissen auf den Grundstücken.
- Das Aufstellen von Öffentliche Müll Sammelcontainern wie in Südlichen Ländern.
- Erweitern der Öffnungszeiten der Recycling-Stationen und deren Annahmekonzept.

Stadtteilgebundene Aktionen wie „Bremen räumt auf“ o.ä. haben leider nur eine geringe und punktuelle Wirkung im Quartier. Grundsätzlich bedarf es an dieser Stelle einer anderen Herangehensweise und Koordinierung. Im beklagten Raum befinden sich auch viele Einrichtungen wie z.B. KITAS, Schulen, Lebensmittelhandel, Gastronomie, etc. wo ein höheres Gewicht auf Führsorge und Hygiene gelegt werden muss. Einrichtungen haben meist Maßnahmen ergriffen, aber viele Bürger fühlen sich mit diesen Problemen alleingelassen, oder verzweifeln im Zuständigkeitsdschungel der Behörden oder an den unwissenden oder untätigen Vermietern. Auch der Aspekt der Kosten spielt sicher eine Rolle. Dringender Handlungsbedarf wird im elementaren Interesse des Gesundheitsschutzes gesehen, da von Ratten eine Vielzahl gefährlicher Krankheitserreger ausgehen (u.a. Tollwut, Fleckfieber oder Hepatitis).

Martin Reinekehr und Fraktion der SPD im Beirat

Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr  
Bremen, 15.05.2024  
SPD Fraktion im Beirat Göpelingen

An Die Bremer Stadtreinigung

Antrag der SPD-Fraktion für die Beiratssitzung am 29.05.2024

---

### **Versorgung der Bürger mit einem Abfallkalender**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert Die Bremer Stadtreinigung (DBS) auf, alle Bürger im Stadtteil mit einem mehrsprachigen Abfallkalender zu versorgen auch in leichter Sprache.

#### Begründung:

Nicht jeder Bürger im Stadtteil hat Zugang zu den Neuen Medien und nutzt den QR Code oder die APP auf ein Smartphone oder kann sich selbst mit einem entsprechenden Abfallkalender versorgen. Auch die multikulturelle Bevölkerung im Stadtteil muss adäquat informiert werden.

Der Beirat kann die Änderung des Abfuhrtages aufgrund der neuen Tourenplanung nachvollziehen. An dieser Stelle müssen wir aber trotz der Info-Anhänger an den Tonnen sehr deutlich darauf hinweisen, dass der Beirat das sehr kritisch sieht. Es wird vermehrt zu wilden Müllkippen, falsch abgelegten Müll, etc. führen. Schon jetzt steht bereits kurz nach dem Abfuhrtag wieder Müll an der Straße, das wird sich verstärken und geht zulasten der Sauberkeit und der Hygiene des Stadtteils. Auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der Rattenpopulation und Problematik.

Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr  
Bremen, 17.05.2024  
SPD Fraktion im Beirat Göpelingen

An den Senator für Inneres und Sport

Antrag der SPD-Fraktion für die Beirat Beiratssitzung am 29.05.2024

---

### **Erhalt der Polizeidienststelle am Oslebshauer Bahnhof**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die Polizeidienststelle am Oslebshauer Bahnhof zu erhalten und die Dienststelle für den Ordnungsdienst zu erweitern und die Klingel kurzfristig instand zu setzen.

#### Begründung:

Diese Dienststelle der Polizei und Mitarbeiter des Ordnungsamtes ist eine wichtige „lokale Anlaufstelle“ für die Bürger in Oslebshausen. Es ist nicht zumutbar, dass alle Bürger mit ihren Anliegen und die Mitarbeiter die Dienststelle am Depot in Gröpelingen anlaufen müssen.

Das verkürzt deutlich die Zeit der Anwesenheit der Kops in Oslebshausen und es entsteht dadurch eine Lücke die Sicherheit bei den Anwohnern.

Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr  
Bremen, 17.05.2024  
SPD Fraktion im Beirat Göpelingen

An die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung  
An das Amt für Straßen und Verkehr und die BSAG

Antrag der SPD-Fraktion für die Beiratssitzung am 29.05.2024

---

### **Barrierefreier Übergang an der Gröpelinger Heerstraße Ecke Heeslinger Straße.**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert das Amt für Straßen und Verkehr sowie die BSAG auf, die Abgrenzungssteine der Hochpflasterung an der Bahngleisen der Straßenbahn am Übergang an der Lichtzeichenanlage ist im Bereich der Schienen abzusenken oder abzuschrägen um eine Barrierefreie Überwegung zu ermöglichen.

#### Begründung:

Der Übergang an der Lichtzeichenanlage ist im Bereich der Schienen durch die Abgrenzungssteine der Hochpflasterung an der Bahngleisen der Straßenbahn nur sehr schwer für Personen mit einem Rollator zu überwinden. Die Begrenzungssteine der beginnenden Hochpflasterung der Schienen, stehen zu weit heraus im Bereich des Fußgängerüberwegs. Trotz des höheren Alters sind viele Bewohner:innen des nahegelegenen Stiftungsdorfes noch insoweit mobil, dass sie gern selbst - auch mit Rollator - die Heerstraße überqueren, um auf der gegenüberliegenden Seite ihre Lebensmittel einzukaufen. Mit vollgepacktem Rollator gelingt es ihnen aber nicht, die Kanten auf beiden Seiten des Gleiskörpers der BSAG zu überwinden. Einige laufen daneben auf der Fahrbahn und gefährden damit ihre eigene Sicherheit. Es würde daher Sinn machen, die Kanten (nur im Bereich des Übergangs) abzusenken

An die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

An das Amt für Straßen und Verkehr und die BSAG



Antrag der SPD-Fraktion für die Beiratssitzung am 29.05.2024

---

## **Barrierefreien Übergang über die Heerstraße in der Nähe des Stiftungsdorfes Gröpelingen gewährleisten!**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Das Amt für Straßen und Verkehr wird gebeten, in Kooperation mit der BSAG den vorhandenen Übergang über die Gröpelinger Heerstraße in Höhe der Heeslinger Str. (Tankstelle) barrierefrei zu gestalten, damit Menschen mit Rollatoren zum Einkaufen sicher auf die andere Straßenseite gelangen.

### **Begründung:**

Trotz höheren Alters sind viele Bewohner:innen des Stiftungsdorfes noch insoweit mobil, dass sie gern selbst - auch mit Rollator - die Heerstraße überqueren, um auf der gegenüberliegenden Seite ihre Lebensmittel einzukaufen. Mit vollgepacktem Rollator gelingt es ihnen aber nicht, die Kanten auf beiden Seiten des Gleiskörpers der BSAG zu überwinden. Daher laufen sie daneben auf der Fahrbahn und gefährden damit ihre eigene Sicherheit.

Es würde daher Sinn machen, die Kanten (nur im Bereich des Übergangs) abzusenken.

Kristin Blank, Pierre Hansen, Martin Reinekehr  
SPD Fraktion im Beirat Gröpelingen

Antrag der SPD-Fraktion für die Beirat Beiratssitzung am 29.05.2024

---

**„Sondersitzung FA Arbeit, Wirtschaft und Soziales - Bezahlkarte“**

Der Beirat möge beschließen:

Dr. René Böhme, Uni Bremen / IAW zu einer Sondersitzung des Fachausschusses Arbeit, Wirtschaft und Soziales einzuladen, um die mögliche Ausgestaltung der Bezahlkarte vorzustellen und um die sozialen und wirtschaftlichen Faktoren - auch für den Handel - zu beleuchten.

Im Anschluss kann ggf. in einem nichtöffentlichen Teil abgestimmt werden.

Begründung:

Die beschlossene Bezahlkarte für Geflüchtete soll nach dem Willen der Befürworter die Verwendung von Bargeld massiv einschränken, um den Geldtransfer ins Ausland zu unterbinden.

Dies trifft nicht nur die Karteninhaber, die damit nicht mehr frei darüber entscheiden können, was sie kaufen wollen - und wo, sondern es trifft auch den Handel, da nicht alle Händler über ein Kartenlesegerät verfügen.

Ferner könnte der Kreis später auf Leistungsbezieher nach dem SGB II und XII ausgeweitet werden.

An die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Antrag der SPD-Fraktion für die Beirat Beiratssitzung am 29.05.2024

---

**„Ortstermin FA Verkehr, Umwelt und Häfen - Quartiersbus Linie 82“**

Der Beirat möge beschließen:

Zu einem Ortstermin am Depot/Bus 82 einen Vertreter der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung über das Ortsamt einzuladen, damit sich ein konkretes Bild der völligen Überlastung dieser Buslinie gemacht werden kann.

Im Anschluss kann ggf. in einem nichtöffentlichen Teil abgestimmt werden.

Begründung:

Die Linie 82 wird durch einen kleinen Bus bedient, da die Straßenverhältnisse keine größeren Fahrzeuge ermöglichen. Dies führt seit Jahren zu immer weiter zunehmender Überlastung. Die Linie bedient inzwischen 5 Schulen und einige Kindertagesstätten.

Zudem wird sie besonders von älteren Menschen mit Beeinträchtigungen für Einkäufe und Arztbesuche genutzt.

Die Taktung muss endlich der Realität angepasst werden. Denn es können lediglich 2 Kinderwagen oder Rollatoren, bzw. ein Rollstuhl transportiert werden. Das hat zur Folge, dass es immer wieder vorkommt, dass Fahrgäste aus diesen Gruppen nicht mitgenommen werden können, weil die Plätze belegt sind.

Der Umgang unter den Fahrgästen wird immer rauer und es kommt auch von Seiten des Personals der BSAG zu recht unpassenden Kommentaren, die dem Stress geschuldet sind. Die Linie ist bei den Fahrern (bis auf wenige Ausnahmen) unbeliebt.

Wir benötigen also in den Spitzenzeiten zu Schulbeginn und Schulschluss einen Takt von 15 Minuten. Ferner muss das Angebot auf mindestens 22 Uhr erweitert werden - alternativ auch als Rufbus - und auch am Sonntag sollte der Bus fahren, um besonders älteren Menschen eine soziokulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Die Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen und der ÖPNV gehört zur Daseinsvorsorge.